

AUSGABE VOM 27. APRIL 2018

Mehr Schutz für Bienen und Insekten

Der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring begrüßt die am Freitag vom Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel der EU-Kommission beschlossene Verbot einer Reihe von Neonikotinoiden für die Freilandnutzung.

„Das Verbot der Verwendung einer Reihe von Schädlingsbekämpfungsmitteln aus der Gruppe der Neonikotinoide im Freiland macht den Weg frei, um beim Schutz unserer Insektenpopulationen auch bei uns in Nordrhein-Westfalen einen guten Schritt voranzukommen. Wir müssen handeln, wo Verursacher für den Rückgang der Insektenpopulationen bekannt sind. Parallel dazu müssen die komplexen Ursachen dringend erforscht werden“, so das Mitglied im Umweltausschuss.

Bundestag berät über Risiken der Kernenergie

Der Bundestag hat am Donnerstag anlässlich des Jahrestages der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl vor 32 Jahren zur Atompolitik diskutiert. Einen von der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen vorgelegten Antrag hat der Bundestag nach erster Lesung zur federführenden Beratung an den Umweltausschuss überwiesen. MdB Karsten Möring kritisierte als zuständiger Berichterstatter der Union in seiner Rede die Neigung der Grünen, andere Länder in Sachen Atomausstieg zwangsweise bekehren zu wollen. „Wir müssen schon damit leben, dass wir unseren Nachbarn nicht unseren Willen aufzwingen können. Wir können aber werben und mahnen, und das tun wir auch“, Möring dankte ausdrücklich der Bundesregierung und Ministerpräsident Laschet für das Engagement in Belgien in Bezug auf die Meiler Tihange/Doel.



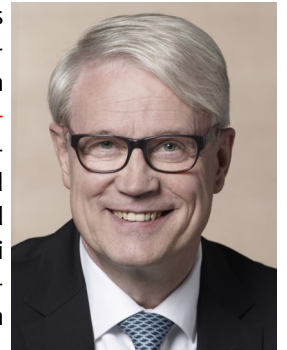
Mehr Energie auf die Umsetzung der gemeinsamen Ziele verwenden: MdB Karsten Möring mahnte in der Bundestagsdebatte zur Sachlichkeit. (Bild: privat)

Den grünen Vorschlag zur Kündigung des EURATOM-Vertrags lehnte MdB Möring ab: „Wir würden uns selbst schaden. Denn dann würden wir uns aus dem Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu Gesundheitsschutz und Sicherheitsstandards und aus der Mitgestaltung der geltenden Regelungen hinauskickern.“ Auch ein Ausstieg aus der Forschung wäre im eigenen Interesse fatal.

Angesichts aufgeregter aktueller Vorwürfe von Umweltverbänden zu angeblichen Sicherheitslücken mahnte er zur Sachlichkeit: „Die Atomaufsicht in Deutschland handelt verantwortungsvoll und tut alles Notwendige für die Sicherheit.“ Vorreiter für einen weltweiten Atomausstieg würde Deutschland nur, „wenn wir den Atomstrom und den fossilen Strom durch Erneuerbare ersetzen und diesen Strom über Leitungen auch zum Verbraucher bringen, wenn wir die Power-to-X-Technologie zur Marktreife bringen, wenn wir den Umbau der Energiewirtschaft sozialverträglich gestalten können und wenn wir unserer Bevölkerung auch den Bezug von bezahlbarer Energie ermöglichen“, so MdB Möring abschließend.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

nicht nur das unsägliche Geschäft zwischen dem CDU-Parteivorstandsmitglied Horitzky und der Stadt bei der Unterbringung von Flüchtlingen,



die Frau Horitzky auf Steuerzahlerkosten reich macht und sie in den Besitz eines Hotels bringt, hat in Berlin Wellen geschlagen, auch – und noch viel mehr – die Kungelei im Hinterzimmer um die Besetzung eines hochdotierten Postens im Stadtwerkekonzern mit dem bisherigen SPD-Fraktionsvorsitzenden im Kölner Rat, Martin Börschel.

Seit vielen Jahren hat die Kölner CDU aus guten Gründen darauf bestanden, Führungspositionen in der Stadt und in den städtischen Gesellschaften durch Ausschreibung und unter Beteiligung eines Personalberaters zu besetzen. So wurde sichergestellt, dass die Auswahl unter geeigneten Bewerbern stattfand und der Verdacht entkräftet werden konnte, Politiker schanzten sich lukrative Posten gegenseitig zu. Jetzt sollte ein Kandidat mal eben schnell nach einem Test durch einen Personalberater einen „Persilschein“ bekommen, der ihm die Eignung für die noch nicht einmal bestehende Position bestätigte. Das spricht jedem transparenten Verfahren Hohn.

Die höchste Währung in der Politik ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Integrität der politisch Handelnden. Es ist schwer zu gewinnen und leicht verspielt. Das darf sich ein verantwortlicher Politiker nicht leisten.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



Luftschadstoffe werden weiter reduziert

Der Umweltausschuss hat einen Verordnungsentwurf der Regierung beraten, mit dem in Umsetzung einer EU-Richtlinie, der sogenannten NEC-Richtlinie, wichtige Luftschadstoffe weiter deutlich reduziert werden müssen. Dabei geht es um Emissionen, die durch menschliche Tätigkeiten erzeugt werden. Die Reduzierungen werden als prozentuale Minderung gegenüber dem Bezugsjahr 2005 angegeben und gelten in allen EU-Mitgliedsstaaten in gleicher Weise, auch wenn deren Ausgangslage 2005 unterschiedlich war. Die Minderungsziele werden für das Jahr 2020 und 2030 angegeben.

Die Reduzierungsvorschriften gelten für Schwefeldioxid (-21% / -58%), Stickoxide (-39% / -65%), Feinstaub PM_{2,5} (-26% / -43%), flüchtige organische Verbindungen außer Methan (-13% / -28%) und Ammoniak (-5% / -29%). Deutschland hat die Zielvorgaben für 2020 bisher mit Ausnahme von Ammoniak eingehalten. Trotz der Überschreitung der Stickoxidgrenzwerte für den Verkehr in vielen Städten hält sich die Gesamtbelastung in Deutschland im zulässigen Rahmen.



Setzt sich als zuständiger Unions-Berichterstätter im Umweltausschuss auf allen Ebenen auch für die Luftqualitätssicherung ein: MdB Karsten Möring bei der Regierungsbefragung im Bundestag am Mittwoch. (Bild: privat)

Ammoniakemissionen entstehen überwiegend in der landwirtschaftlichen Tierhaltung bei der Entsorgung oder Verwendung der Gülle und der Tierexkremte. Ammoniak ist schädlich, weil es zu Feinstaub- und Ozonbildung beiträgt, klimaschädliches Lachgas erzeugt und zur Nitratbelastung im Grundwasser führt. Die vorgeschriebene Minderung zu erreichen ist nicht einfach. Einerseits kann man zwar die Stallungen dicht halten und Ammoniak herausfiltern, andererseits wird die Freilandhaltung wegen der Diskussion um das Tier-

wohl und wegen der zunehmenden Bedeutung ökologischer Betriebsformen immer umfangreicher.

Um die in dieser Verordnung vorgeschriebenen Ziele für 2030 tatsächlich zu erreichen, werden noch in dieser Wahlperiode Gesetze zu verabschieden sein, die konkrete Maßnahmen vorschreiben.

Neuer Bauausschuss nimmt seine Arbeit auf



Gute Laune bei der Gründung des neuen Bauausschusses: MdB Karsten Möring begrüßt unter den Augen der Ausschussvorsitzenden Mechthild Heil (CDU) die für Bau zuständigen Staatssekretäre im Bundesinnenministerium, PStS Marco Wanderwitz MdB und seinen beamteten Kollegen Gunther Adler, als Vertreter der Bundesregierung. (Bild: privat)

Der Bundestag hat endlich einen Bauausschuss. Nachdem es seit vielen Jahren kein Bundesbauministerium mehr gab, wurde „Bauen“ immer als Abteilung in anderen Ministerien geführt. Bauen war mal Anhängsel des Verkehrsministeriums, in der letzten Wahlperiode kam die Abteilung zum Umweltministerium und in dieser Wahlperiode ist es Teil des Ministeriums des Innern, für Bau und Heimat. Zu diesem Ministerium gehören der Innenausschuss, der Sportausschuss und nun auch der neu gebildete Bauausschuss. Damit wird der erheblich gestiegenen Bedeutung des Themas „Bauen“ Rechnung getragen.

MdB Karsten Möring: „Als einziges Unions-Mitglied aus NRW im Bauausschuss werde ich natürlich auch die Interessen Kölns einbringen. Jetzt heißt es zügig starten, um die dringend benötigten und im Koalitionsvertrag angekündigten Reformen im Baubereich endlich anzupacken.“

Impressum:

Ausgabe Nr. 10 der 19. Wahlperiode vom 27. April 2018

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter

